

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz, den Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan und die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM

### BERICHT AUS BERLIN:

1. Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz
2. Der Abzug aus Afghanistan beginnt
3. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus
4. Relevantes für Mannheim und die Region



Zeichnung: Stuttmann



## **1. Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz**

Der im Jahr 2012 stark ansteigende Refinanzierungsbedarf mehrerer Euro-Mitgliedstaaten, die nachlassende konjunkturelle Entwicklung sowie die verschärften Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöhen erneut das Risiko von Zuspitzungen an den Finanzmärkten.

Mit dem zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz nehmen wir unseren Teil der europäischen Verantwortung wahr und liefern unseren deutschen Beitrag zur Vermeidung von Ansteckungseffekten in der Währungsunion.

Dabei gilt das schon 2010 bestehende Instrumentarium (z. B. Gewährung von Garantien, Rekapitalisierung von Banken durch den Ankauf neu ausgegebener Aktien der Bank oder den Erwerb von stillen Beteiligungen) bis zum 31. Dezember 2012. Das „Zweckgesellschaftsmodell“ wird erweitert, so dass es auch für Staatsanleihen Anwendung finden kann. Wie schon 2008 betragen der Garantierahmen 400 Milliarden Euro und die Kreditemächtigung 70 Milliarden Euro zuzüglich 10 Milliarden Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses.

Vorgesehen ist zudem die Stärkung des bankaufsichtlichen Instrumentariums zur Gefahrenabwehr. Bei einer besonderen Risikolage auf dem Finanzmarkt oder zur Abwehr drohender Gefahren, insbesondere bei einer entsprechenden Empfehlung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB), – also nicht erst bei konkreter Bestandsgefährdung eines Instituts – darf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine Erhöhung der Eigenmittelausstattung von Banken anordnen. Die BaFin kann die Vorlage eines Planes zur Umsetzung der höheren Eigenmittelanforderungen verlangen, im Extremfall kann auch ein Sonderbeauftragter gemäß Kreditwesengesetz (KWG) bestellt werden.

Um rechtzeitig vorzubeugen, haben wir in dieser Woche eine bis Ende 2012 befristete Wiedereröffnung des bewährten Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS bzw. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – SoFFin) beschlossen. In der parlamentarischen Anhörung zu dem Gesetz haben die geladenen Experten die Reaktivierung des SoFFin durchweg begrüßt. Sollte aufgrund unerwarteter struktureller Ausgaben des SoFFin die nach der Schuldenbremse zulässige maximale Kreditaufnahme überschritten werden, so hätte der Deutsche Bundestag einen Plan zur direkten Tilgung der erhöhten Bundesschuld zu beschließen.

## **2. Der Abzug aus Afghanistan beginnt**

In dieser Woche wurde im Bundestag die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) verabschiedet. Die Mandatsobergrenze wird von jetzt 5.350 auf künftig 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt damit konkrete Form an: Nach zehn Jahren wird erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die dort einen tapferen Einsatz leisten, verringert.



2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist. Ein zentrales Kriterium ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selber kontrollieren zu können. Dabei bleibt der Aufbau von staatlichen Strukturen insbesondere im Sicherheitssektor eine vordringliche Aufgabe. Ziel ist es, den Übergabeprozess in Verantwortung erfolgreich umzusetzen.

### **3. Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**

Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der Roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz westlich von Krakau befreit. Seit 1996 ist der 27. Januar ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Plenarsaal wurde am Freitag, dem 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Professor Dr. Marcel Reich-Ranicki hielt anlässlich des nationalen Gedenktages eine Rede.

Nicht als Historiker, sondern als Zeitzeuge trete er vor den Bundestag, so Reich-Ranicki in seiner Eröffnung. Er habe in Warschau Erschießungen und Verhaftungen mit ansehen müssen. Detailliert berichtete er in der Folge aus seinen Erinnerungen an Umsiedlung, Vertreibung und Verfolgung der Warschauer Juden - und vom Todesurteil der Nazis über die größte jüdische Stadt Europas. Reich-Ranicki schloss seine Rede mit den Worten: "Die Aussiedlung aus Warschau hatte nur einen Zweck - nur ein Ziel: den Tod."

An der Gedenkstunde nahmen auch Bundespräsident Christian Wulff, Bundeskanzlerin Angela Merkel Bundesratspräsident Horst Seehofer sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, teil. Bundestagspräsident Norbert Lammert zeigte sich in seiner Eröffnungsrede besorgt über den Antisemitismusbericht des Bundestags, der zu Wochenbeginn vorgestellt wurde. Demnach sind rund 20 Prozent der Deutschen „latent antisemitisch“. „Das ist für Deutschland genau 20 Prozent zu viel“, sagte Lammert.



## **4. Relevantes für Mannheim und die Region**

### **Hohe Städtebaufördermittel für Mannheim**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, hat mich in einem Schreiben über die Bundesmittel für Städtebauförderung in Mannheim informiert. Danach flossen in den vergangenen 40 Jahren rund 42,5 Millionen Euro Bundesmittel nach Mannheim, die im Wege von vier Hilfsprogrammen verteilt wurden.

Den größten Anteil mit rund 26,5 Millionen macht hierbei das Programm „Sanierung und Entwicklung“ aus, gefolgt von rund 12,5 Millionen Euro aus dem Programm „Soziale Stadt“. Etwa 2,8 Millionen Euro Bundesmittel flossen im Wege des Programms „Stadtumbau West“ nach Mannheim. Außerdem wurden rund 700.000 Euro durch das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zur Verfügung gestellt.

Diese Zahlen zeigen, wie sich auch der Bund für Mannheim engagiert hat. Allein in den Jahren 2003-2010 hat Mannheim etwa 13 Millionen Euro an Bundesfördermitteln erhalten. Dank dieser Unterstützung konnten so wichtige Projekte wie die Sonderburger Straße, der Holzweg in Friedrichsfeld, das Ortszentrum der Schönau in Schönau, die Rainweidenstraße und die westliche Unterstadt realisiert werden. Dies sind Beispiele der insgesamt 19 geförderten Maßnahmen, bei denen die Unterstützung durch den Bund jeweils 100.000 Euro übersteigt.

### **Jugendwettbewerb „DenkT@g“**

Gerne möchte ich auf den siebten bundesweiten Jugendwettbewerb „DenkT@g“ aufmerksam machen. Motto des Wettbewerbs ist „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren sowie Schulklassen sind danach aufgerufen, sich durch eine selbstgestaltete Internetseite oder ein Video zum Gedenken an die Opfer von NS-Diktatur und Holocaust mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinander zu setzen. Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert können bei diesem Wettbewerb Einsendungen mit einem Preisgeld von € 3.000 prämiert werden.

Informationen über den Wettbewerb sind auf der Website [www.denktag.de](http://www.denktag.de) abrufbar. Einsendungen sind bis zum 31. Oktober möglich.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)